



## Gewerkschaft fordert mehr Forstarbeiter

IG BAU: Wald ist Schlüssel zum Klimaschutz

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Duisburg-Niederrhein fordert mehr Personal in der Forstwirtschaft in Duisburg und Umland. „Vom Forstwirt bis zur Revierleiterin – die Beschäftigten haben alle Hände voll zu tun, um die massiven Schäden der letzten Jahre zu beseitigen“, sagt Karina Pfau, IG BAU-Bezirksvorsitzende. „Gleichzeitig kümmern sie sich darum, die Wälder der Zukunft anzulegen, damit sie für den Klimawandel gewappnet sind.“

### **11.000 Beschäftigte zusätzlich nötig**

Schon jetzt zeige sich, welche Auswirkungen Stürme, Trockenheit und Schädlingsbefall in Folge des Klimawandels haben. Allein 2020 mussten rund 14 Millionen Kubikmeter beschädigtes Holz aus den Wäldern NRWs entfernt werden,

das ermittelte das statistische Bundesamt – das sind 26-mal mehr Holz als noch vor fünf Jahren. Dabei, so Pfau, sei der Wald im Klimaschutz eine Schlüsselbranche. „Nachhaltig angelegte Wälder – mit gemischten Baumarten statt Monokulturen – kompensieren Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>.“ Die Gewerkschaft ruft deswegen alle Waldbesitzer dazu auf, „deutlich mehr qualifizierte Beschäftigte“, einzustellen.

Nach Einschätzungen der Gewerkschaft sind bundesweit 11.000 Fortbeschäftigte zusätzlich nötig, um die Aufgaben zu bewältigen. Nicht nur scheiden in den nächsten Jahren ältere Beschäftigte aus, in einer Umfrage unter 1300 Forstarbeitern geben 90 Prozent an, dass es im Betrieb nicht genug Mitarbeiter gebe, 70 Prozent sagen, dass ihre Arbeit sie „emotional auslaugt“.

WAZ DU



## Im Wald, da fehlt der Förster

Über Jahre gab es für junge Forstwirte beim Land keine Perspektiven. Jetzt gehen die Babyboomer und auch im Kreis Kleve fehlen Förster

Von Susanne Zimmermann

**Kreis Kleve.** Personalmangel und Überlastung in den Wäldern durch die Auswirkungen des Klimawandels – auf diese Probleme hat die Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) dieser Tage hingewiesen und mehr Forstleute gefordert.

Julian Mauerhof, Leiter des Regionalforstamts Niederrhein, stimmt dem im Prinzip zu. „Unser Problem ist es aber aktuell nicht, mehr Stellen zu bekommen. Wir haben Schwierigkeiten, vorhandene Stellen zu besetzen, die die Babyboomer jetzt und in den kommenden Jahren frei machen werden.“ Das Regionalforstamt, zuständig für den Wald zwischen der niederländischen Grenze und Schermbeck sowie zwischen Dormagen und Emmerich-Elten, sucht händeringend nach Fachpersonal, um die Aufgaben der Zukunft stemmen zu können. Und die werden durch den Klimawandel eher mehr.



„Ich freue mich über junge Leute vom Niederrhein, die auch am Niederrhein bleiben wollen.“

**Julian Mauerhof**, Leiter des Regionalforstamts Niederrhein

### Forstwirte werden ausgebildet

Während es bei den studierten Förstern bereits sehr eng wird, bildet das Regionalforstamt noch Forstwirte über Bedarf aus. „Wir bilden an drei Standorten aus: in der Leucht in Alpen, im Dämmerwald in Schermbeck und im Reichswald Kleve“, erläutert Mauerhof.

Im Schnitt sind beim Regionalforstamt 26 bis 29 Forstwirte beschäftigt. Sie sägen, pflanzen, pflegen die Kulturen, sind unverzicht-



Es wird immer schwerer, frei werdende Forstreviere zu besetzen.

FOTO: MARKUS WEISSENFELS / FUNKE FOTO SERVICES

bare Fachkräfte in den heimischen Wäldern. Nicht alle kann der Landesbetrieb Wald und Holz übernehmen, doch viele wollen auch nicht bleiben und die Nachfrage geht bereits spürbar zurück. „Für viele junge Leute ist es nicht interessant, beim Landesbetrieb zu arbeiten. Die Perspektiven sind häufig eingeschränkt“, sagt Mauerhof. So wählt mancher nach der Ausbildung den Schritt in die freie Wirtschaft.

### Fehlende Perspektiven

Drängender ist allerdings der fehlende Försternachwuchs. In jüngster Zeit gab es bereits mehrfach Wechsel bei den Revierförstern der Region, in den kommenden Jahren stehen aber viele weitere Abgänge an. Teils hat das hausgemachte Ursachen, Generationen fehlen. „Ich war 2013 der erste in NRW

nach 19 Jahren, der eine Festanstellung in den Höheren Dienst bekommen hat“, erinnert sich Julian Mauerhof. Heißt: Lange Jahre hat der Landesbetrieb seinem Nachwuchs keine Perspektiven geboten. Das lag an Umstrukturierungen und Personaleinsparungen. Zudem leide die Attraktivität des Berufs: Förster bewegen sich immer weniger im Wald, verbringen rund die Hälfte ihrer Arbeitszeit am Schreibtisch.

War es früher beinahe unmöglich mit einem Forstwirtschaftsstudium Karriere zu machen, gibt es heute die besten Chancen für den Nachwuchs. „Landesweit stehen viele Reviere bereits leer“, sagt Mauerhof. Das also hat sich geändert. Aber noch etwas ist neu: „Viele junge Leute wollen familiennah arbeiten. Heute in die Eifel versetzt werden, in ein paar Jahren ins Münster-

land, das macht kaum noch jemand mit“, erklärt der Forstamtschef. „Ich freue mich über junge Leute vom Niederrhein, die auch am Niederrhein bleiben wollen.“ Es sei schwierig, Nachwuchs von außerhalb für die Region zu gewinnen, musste er feststellen.

### Die Herausforderungen wachsen

Und – hier gibt der Fachmann der Gewerkschaft recht: Der Klimawandel führt zu neuen Aufgaben und Mehrarbeit. Monokulturen abschaffen, neue Waldbestände aufbauen, die auch Bestand haben, Kahlfelder wieder bepflanzen: All das verlangt Fachpersonal. Aber mit dem Personal sei es wie mit der Fläche für Wald: „Derzeit geht es darum, den Bestand zu halten, bevor wir über mehr nachdenken können.“



## "Keine Per-se-Jobs für 9,82 Euro": IG BAU warnt vor Ausnutzung ukrainischer Kriegsflüchtlinge als billige Arbeitskräfte



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

*Faire Arbeit statt prekäre Jobs: Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt davor, ukrainische Kriegsflüchtlinge in Deutschland als günstige Arbeitskräfte auszunutzen.*

"Auf dem Bau, in der Landwirtschaft und in der Gebäudereinigung suchen Firmen händeringend nach Personal. Manche Chefs wollen die oft gut qualifizierten Geflüchteten lieber heute als morgen einstellen – aber oft zu schlechten Bedingungen. Wer etwa als Saisonkraft in der Landwirtschaft arbeitet, hat bis zu 70 Tage lang keinen Sozial- und Krankenversicherungsschutz. Nachdem die Arbeitgeberverbände den tariflichen Bau-Mindestlohn gekippt haben, droht den Beschäftigten in der Branche aktuell ein Einkommen auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns. Für 9,82 Euro pro Stunde sollte sich aber keiner die fordernde Arbeit auf dem Bau gefallen lassen", sagt IG BAU-Bundesvorsitzender Robert Feiger.

Kein Unternehmen dürfe jetzt die Lage der Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, ausnutzen – ob auf der Baustelle, auf dem Spargelfeld oder in der Reinigungsfirma. "Beschäftigte zweiter Klasse darf es nicht geben", betont Feiger. Wer vor dem Krieg nach Deutschland geflohen sei und einen Job suche, solle sich über Arbeitsbedingungen, Bezahlung und die eigenen Rechte genau informieren und auf die Gewerkschaft zugehen. Hilfe böten außerdem die DGB-Beratungsstellen "Faire Mobilität" – auch in ukrainischer Sprache.

Zwar wisse niemand, wie lange der Krieg in der Ukraine noch dauere. Doch selbst wenn nur ein kleiner Teil der bislang über 340 000 nach Deutschland geflüchteten Ukrainer im Land bleibe, müssten jetzt die Weichen für eine "echte Integration



am Arbeitsmarkt" gestellt werden, so der Gewerkschaftschef. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. "Hier ist vor allem der Staat gefragt. Berufsqualifikationen aus der Heimat dürfen in Deutschland nicht wertlos werden", sagt Feiger. Entscheidend sei zudem, dass die Behörden den Zugang zu Sprachkursen vereinfachen.

Mit Blick auf den hohen Anteil an Frauen und Kindern unter den Kriegsflüchtlingen seien außerdem mehr Anstrengungen bei der Kinderbetreuung nötig. "Ohne ausreichend Kita- und Schulplätze kommen für viele Eltern höchstens Minijobs mit wenigen Wochenstunden infrage", so Feiger.

Lokalkompass.de 19.04.2022

## IG BAU-Senior\*innen sind vom Energie-Entlastungspaket enttäuscht



Ulrike Laux, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

*Gewerkschaft wird durch eine Studie des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung gestützt und fordert Nachjustierung.*

Die Seniorinnen und Senioren der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fühlen sich beim von der Bundesregierung beschlossenen Energie-Entlastungspaket verschaukelt. "Sehr enttäuscht" zeigten sich die Delegierten auf der jüngsten Bundesseniorenkonferenz darüber, dass die ältere Generation bei den Hilfsmaßnahmen keine Berücksichtigung gefunden habe. Alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen erhielten einmalig eine Energiepreispauschale von 300 Euro als Zuschuss zum Gehalt und Selbstständigen werde die Steuervorauszahlung gesenkt. So werde versucht, die Mitte der Gesellschaft schnell und unbürokratisch zu entlasten. Aber nicht die ältere Generation, die



schon derzeit mit der Altersarmut zu kämpfen habe. "Bereits zustehende und längst überfällige Erhöhungen der Renten werden wieder auf null gestellt. Auch für die Älteren unter uns schießen die Verbraucherpreise kräftig durch die Decke. Ein eklatanter Verstoß gegen die Gleichbehandlung, das ist so nicht akzeptabel. Da muss nachjustiert werden", sagt IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux, die für den Bereich Seniorenpolitik zuständig ist.

Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. "Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern werden von den Paketen nur in geringem Maße entlastet. Zwar profitiert diese Bevölkerungsgruppe auch von der Abschaffung der EEG-Umlage und den vorübergehend gesenkten Kraftstoffpreisen. Da diese Entlastungen in Euro gerechnet für typische Haushalte aber wesentlich geringer sind als die Entlastungen durch Pauschalzahlungen und Einkommensteueränderungen, fallen die Entlastungen relativ zu den Mehrausgaben durch die hohe Inflation relativ gering aus", heißt es in einer kürzlich veröffentlichten Studie.

**Lokalkompass.de 14.04.2022**

## Stürme, Dürre, Schädlinge: IG BAU Duisburg-Niederrhein fordert mehr Forstpersonal



**Forstbeschäftigte haben mehr zu tun denn je. Sie müssen nicht nur geschädigte Bäume fällen und aufarbeiten, sondern auch die klimastabilen Wälder der Zukunft anlegen. Die zuständige Gewerkschaft IG BAU setzt sich für mehr Personal im Forst ein Foto: IG BAU**

### *In fünf Jahren Schäden in Nordrhein-Westfalens Wäldern ums 26-Fache gestiegen*

Forstleute am Limit: Stürme, Trockenheit und Schädlinge machen nicht nur den Bäumen in der Region extrem zu schaffen, sondern führen auch zu einer Überlastung derer, die in der Forstwirtschaft arbeiten. Darauf macht die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Duisburg-Niederrhein aufmerksam – und fordert deutlich mehr Personal für die Branche. „Vom Forstwirt bis zur Revierleiterin – die Beschäftigten haben in Nordrhein-Westfalen alle Hände voll zu tun, um die massiven Schäden der letzten Jahre zu beseitigen. Gleichzeitig kümmern sie sich darum, die Wälder der Zukunft anzulegen, damit sie für den Klimawandel gewappnet sind“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau.



# Pressespiegel

Ausgabe: 22.04.2022



Im Wald spiele sich seit Jahren ein „regelrechtes Drama“ ab. „An den Bäumen zeigt sich schon jetzt, welche Folgen extreme Wetterereignisse und damit der Klimawandel haben“, so Pfau. Die Gewerkschafterin verweist auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach mussten allein im Jahr 2020 rund 14 Millionen Kubikmeter Schadholz aus den nordrhein-westfälischen Wäldern geholt werden – 26 Mal mehr als noch fünf Jahre zuvor. Dabei entfielen 98 Prozent aller Schäden auf Nadelhölzer wie Fichten und Kiefern, die besonders anfällig für Hitze und Insektenbefall sind. Der Forst sei eine Schlüsselbranche in puncto Klimaschutz. „Nachhaltig angelegte Wälder – mit gemischten Baumarten statt Monokulturen – kompensieren Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Außerdem liefern sie Holz, das als klimafreundlicher Rohstoff gerade auf dem Bau immer stärker gefragt ist. Und schließlich sind die Wälder auch Erholungsorte für die Menschen“, betont Pfau.

Doch ohne zusätzliches Personal dürfte sich die Lage in den kommenden Jahren weiter zuspitzen, warnt die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Die Gewerkschaft ruft die Waldbesitzer in der Region dazu auf, sich dringend um mehr Fachleute zu kümmern: „Egal ob im Privatwald, im kommunalen Forst oder im Landesbetrieb – nur mit deutlich mehr qualifizierten Beschäftigten wird die Mammutaufgabe Waldumbau zu schaffen sein“, macht Pfau deutlich. Entscheidend seien hierbei faire Einkommen und gute Arbeitsbedingungen. Azubis müssten nach ihrer Ausbildung übernommen werden. „Gerade junge Menschen gehen fürs Klima auf die Straße. Demos sind wichtig, aber es braucht auch Menschen, die Bäume pflanzen und Wälder pflegen“, so Pfau weiter.

In einer Umfrage der Forstgewerkschaft unter bundesweit 1.300 Beschäftigten der Branche gaben fast neun von zehn Befragten an, dass es im Betrieb nicht genügend Mitarbeiter gebe, um die anfallende Arbeit zu schaffen. 70 Prozent berichteten davon, durch die Arbeit „emotional ausgelaugt“ zu sein. „Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Beschäftigten in den nächsten Jahren aus dem Berufsleben ausscheidet, ohne dass ausreichend Nachwuchskräfte in Sicht sind“, sagt Pfau.

Nach Einschätzung der IG BAU sind bundesweit 11.000 Forstbeschäftigte zusätzlich nötig, um die aktuellen Aufgaben zu bewältigen. Das entspricht einer Erhöhung des aktuellen Personalschlüssels um einen Beschäftigten pro 1.000 Hektar Wald. Insgesamt gibt es in Deutschland 11,4 Millionen Hektar Wald. Weitere Informationen im Netz unter: <https://igbau.de/WALD-KLIMA-SCHUTZ-Kampagne-Unsere-Forderungen.html>

**Lokalkompass.de 12.04.2022**



## „Zukunft der Bauwirtschaft steht auf dem Spiel“



Pixabay

*„Das ist unverantwortlich, das gefährdet die Zukunft der Bauwirtschaft. Die Unternehmen haben damit eine große Chance verpasst.“ So kommentiert der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, die Ablehnung der Bauarbeitgeber des Schiedsspruchs zum Branchenmindestlohn.*

Die Folge davon ist die Abschaffung dieser Lohnuntergrenze in der Baubranche. „Ein fairer Wettbewerb scheint für die Bauunternehmen keine feste Größe mehr zu sein. Denn jetzt haben vor allem diejenigen Firmen einen Vorteil, die nicht tarifgebunden sind. Ob das wirklich intelligent ist, wage ich zu bezweifeln.“

Der Branchenmindestlohn in der Bauwirtschaft wurde vor 25 Jahren eingeführt, es war der erste in Deutschland. Da die Arbeit am Bau bei Wind und Wetter oftmals sehr hart ist, braucht es eine attraktive Bezahlung, um Fachkräfte zu gewinnen.

„Dies hat sich über die Jahrzehnte bewährt, ich kann nicht verstehen, dass die Arbeitgeber dieses System jetzt zerschlagen wollen. Nach meinem Kenntnisstand sind es die Arbeitgeber selbst, die immer wieder nach Fachkräften und Auszubildenden rufen“, sagt Feiger. „Wir werden jetzt mit den Beschäftigten intensiv diskutieren, wie sich die weitere Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern gestalten wird. Zur Entspannung an der Tariffrent wird das sicherlich nicht führen.“

Der Branchenmindestlohn I hatte bis Ende des vergangenen Jahres bei 12,85 Euro gelegen, der Branchenmindestlohn II für fachliche Tätigkeiten im Westen bei 15,70 Euro.

Der Schlichterspruch des Präsidenten des Bundessozialgerichts Professor Doktor Rainer Schlegel sah vor, den Mindestlohn I in diesem, im nächsten und im Jahr 2024 um jeweils 60 Cent zu erhöhen. In den Jahren 2025 und 2026 sollte sich die unterste Lohngrenze an der zurückliegenden Teuerungsrate orientieren. Der Mindestlohn II sollte zum Ende dieses Jahres wegfallen.